

Sächsische Zeitung

FREITALER / DIPPOLDISWALDER ZEITUNG

Freitag

05. April 2019

Druckausgabe

Dippoldiswalde

04.04.2019 19:17 Uhr

Zweite Chance für Brunnendörfer

Um Hausbrunnen abzulösen, gibt der Freistaat Geld. Was das für die Region bringt, sagt der Chef der Wasserversorgung.



Wie Hausbrunnenbesitzer ans Trinkwassernetz kommen, haben Frank Kukuczka und Mitarbeiter der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH untersucht.

© Karl-Ludwig Oberthür
Von Anja Ehrhartsman

Um ans öffentliche Trinkwassernetz zu kommen, gab es in den 1990er-Jahren schon einmal Geld vom Staat. Jetzt wurde eine zweite Förderwelle gestartet, das sogenannten Brunnendörfern den Anschluss ans öffentliche Trinkwassernetz erleichtern soll. Die Staatsregierung hat am Dienstag das „Sonderprogramm öffentliche Trinkwasserinfrastruktur“ beschlossen. Insgesamt zehn Millionen Euro stehen 2019 und 2020 bereit. Was macht das möglich? Antworten von der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH.

Die Ausgangslage: Viele Sachsen saßen 2018 auf dem Trockenen

Rund 27 000 Sachsen, hauptsächlich in den Landkreisen Mittelsachsen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Erzgebirge, sind nicht ans öffentliche Trinkwassernetz angeschlossen. In den Altkreisen Freital und Dippoldiswalde, die das Wasser größtenteils von der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH beziehen, gibt es fast 1 300 Grundstücke ohne Anschluss – unter anderem in Altenberg, Glashütte und Klingenberg. Zum Teil sind ganze Orte nicht angeschlossen wie Röthenbach, oder es fehlen nur ein paar Häuser, wie in Pretzschendorf. Mit Hermsdorf/Erzgebirge ist aber auch eine komplette Gemeinde nicht am Netz. Probleme machte das vor allem vergangenes Jahr. 2018, das extrem trocken und heiß war, habe gezeigt, dass sich nicht alle Hausbrunnenbesitzer ausreichend selbst versorgen können, sagte

Umweltminister Thomas Schmidt (CDU) am Dienstag. Vielen ging das Wasser aus. „Die Betroffenen mussten mit hohem Aufwand durch Nachbarn oder ihre Kommunen unterstützt werden.“ Langanhaltende Trockenperioden könnten jedoch auch künftig nicht ausgeschlossen werden, insbesondere mit Blick auf den Klimawandel.

Das Problem: Jeder Wasseranschluss ist teuer

Der Trinkwasserzweckverband Weißeritzgruppe (TWZ), zu dem Altenberg, Glashütte und Klingenberg gehören, will eine nachhaltige Lösung für die betroffenen Orte. Der Anschluss an die bestehenden Wasserwerke in Altenberg und Klingenberg gilt als beste Variante. Wie das technisch umgesetzt werden könnte, hat der Wasserversorger bereits grob geplant, und auch die geschätzten Investitionskosten, die nötig sind, um die Hausbrunnen abzulösen. Durchschnittlich liegen die Erschließungskosten bei circa 30 000 Euro pro Grundstück. Laut Frank Kukuczka, Geschäftsführer der Wasserversorgung Weißeritzgruppe GmbH, sind darin aber noch nicht die Kosten enthalten, die etwa für den Hausanschluss anfallen. Je nachdem, wie weit ein Haus von der Wasserleitung entfernt ist, könnten nochmals mehrere Tausend Euro für den privaten Anschluss hinzukommen.

Die Lösung: Finanzierung aus mehreren Quellen

Weder die Kommunen noch ihre Zweckverbände oder die Grundstückseigentümer könnten diese Aufgabe finanziell alleine stemmen. Deshalb war auch die Politik gefragt. Auf landespolitischer Ebene den Stein ins Rollen brachte die CDU-Wahlkreisabgeordnete Andrea Dombois. Als sie den Hilferuf der Brunnendörfer in der CDU-Landtagsfraktion einbrachte, sei der Landeshaushalt kurz davor gewesen, verabschiedet zu werden. Eile war geboten, denn Geld für den Anschluss der Hausbrunnenbesitzer sei bis dahin nicht eingeplant gewesen, erinnert sich Dombois. „Doch die Notwendigkeit wurde erkannt.“ Die zehn Millionen, die jetzt abgerufen werden können, wurden an verschiedenen Stellen abgezwickelt. Der Freistaat übernimmt bis zu 65 Prozent der Kosten pro Grundstück, aber nicht mehr als 20 000 Euro. „Dafür, dass vorher eine Null da stand, sind Fördersätze mit 65 Prozent viel“, sagt Andrea Dombois. Im Sinne der Gleichbehandlung könne der Freistaat die Hausbrunnenbesitzer nicht bevorzugen. Außerdem seien auch Kommunen und Betroffene in der Pflicht. „Wer heute ein Baugrundstück kauft, zahlt die Anschlüsse aller Medien zu 100 Prozent mit.“

Das will auch Frank Kukuczka nicht von der Hand weisen: „Wir loben die Initiative des Freistaats, geben aber zu Bedenken, dass die finanzielle Belastung in Hotspots wie Röthenbach, Hermsdorf im Erzgebirge oder Rehefeld-Zaunhaus so hoch ist, dass es schwierig wird, eine öffentliche Wasserversorgung aufzubauen.“ Denn, um diese Orte anzuschließen, müsste die Infrastruktur erst gebaut werden und das kostet. Auf die Problematik sei mehrmals hingewiesen worden, so Kukuczka. Der TWZ hatte sich Fördersätze von 80 Prozent oder mehr gewünscht, um den Eigenanteil der Grundstückseigentümer so gering wie möglich zu halten.

Der Weg: Möglichst keine Zeit verschwenden

Um noch dieses Jahr mit dem Bau loslegen zu können, müsste jetzt alles wie am Schnürchen laufen, meint Frank Kukuczka. Bevor Fördermittel beantragt werden können, gelte es zunächst, die Ortslagen in Abstimmung zu priorisieren und vielleicht dort anzufangen, wo der Handlungsbedarf am größten ist. „Wir können ja nicht alles gleichzeitig machen.“ Erst wenn

der Fördermittelbescheid eintrifft, kann genau berechnet werden, wie sich die Kosten im jeweiligen Ort verteilen und wie viel am Ende bei den jeweiligen Grundstücksbesitzern hängen bleibt. Auf Einwohnerversammlungen sollen die Brunnenbesitzer informiert und mit ins Boot geholt werden. Betroffene müssen dann einen Wasseranschluss beim Versorger beantragen. Wenn in einem Ort weniger als 70 Prozent mitmachen, wird es schon schwierig, sagt Frank Kukuczka. Auch der Wasserversorger will finanziell einen Beitrag leisten. Investiert werden könne aber nur das, was sich durch die Neuanschlüsse refinanzieren lässt. „Die Erschließung der Brunnendörfer darf nicht dazu führen, dass die Wasserpreise steigen.“